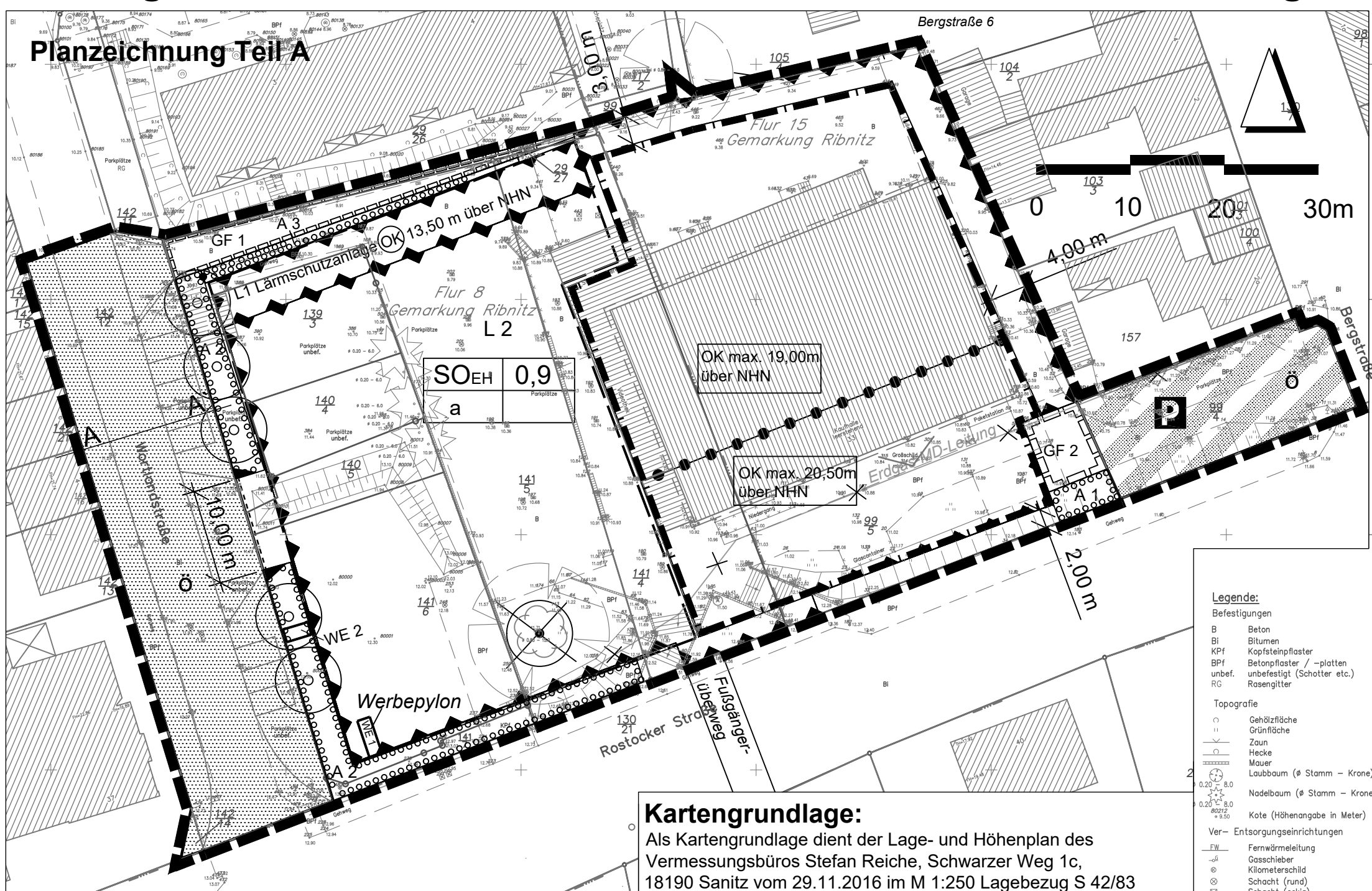
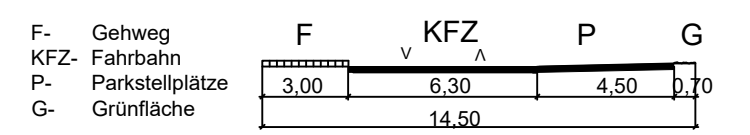


STADT RIBNITZ-DAMGARTEN Satzung über den Bebauungsplan Nr. 97  
Sondergebiet "Einzelhandelsstandort Rostocker Straße 33" - Satzung



Straßenquerschnitt A-A' (Wortlandstraße)



Planzeichenerklärung gemäß PlanZV

Art und Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BAUGB

|                     |   |                          |
|---------------------|---|--------------------------|
| SOEH                | Sondergebiet Einzelhandel                                   | § 11 BauNVO              |
| 0,9                 | Grundflächenzahl  | § 16 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO |
| OK 20,50 m über NHN | maximale Höhe der baulichen Anlage über dem Bezugspunkt NHN | § 18 BauNVO              |
| OK 13,50 m über NHN | zwingende Höhe der baulichen Anlage über dem Bezugspunkt    | § 18 BauNVO              |

1. Bauweise, Baugrenzen § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

|   |                      |                    |
|---|----------------------|--------------------|
|  | Baugrenze            | § 23 Abs. 3 BauNVO |
| a   | abweichende Bauweise | § 22 Abs. 4 BauNVO |

2. Verkehrsflächen § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

|  |             |
|--|-------------|
| Straßenbegrenzungslinie  |             |
| öffentliche Straßenverkehrsflächen   |             |
| Anschluss der Sondergebietsflächen an die öffentliche Verkehrsfläche Ein- und Ausfahrt |             |
| öffentliche Verkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung                              | P Parkplatz |

3. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB

|  |  |
|--|--|
| Anpflanzen von Bäumen  |  |
| Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen |  |

5. Sonstige Planzeichen

|   |  |
|---|--|
| Grenze des räumlichen Geltungsbereiches   | § 9 Abs. 7 BauGB   |
| Umgrenzung von Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen für die Nutzung des Sondergebietes  | § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB   |
| Stellplätze und Nebenanlagen  | § 2 Abs. 2 PlanZV  |
| Standort WE 1 - Werbeplan   |  |
| Standort WE 2 - Werbeanlage   |  |
| Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen mit Bezeichnung   | § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB  |
| Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Immissionschutz | § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB  |
| Lärmschutzanlage (sh. textliche Festsetzung 6.1)  | Maßnahmen zum Schutz vor Lärm (sh. textliche Festsetzung 6.2, 6.3) |
| L 1   |  |
| L 2   |  |
| Abgrenzung des Maßes der Nutzung  | § 16 Abs. 5 BauNVO   |
| hier: Höhe baulicher Anlage   |  |
| Bemaßung  | § 2 Abs. 2 PlanZV  |

6. Nachrichtliche Übernahme

|   |  |
|---|--|
| nach § 18 NatSchAG M-V geschützter Baum |  |
|---|--|

7. Sonstige Planzeichen ohne Normcharakter

|   |                                  |
|---|----------------------------------|
| Gebäudebestand                                    | Böschung                         |
| Flurstücksgrenze                                  | Höhenpunkt in Meter über NHN     |
| Flurstücksnummer                                  | Flurgrenze                       |
| nach § 18 NatSchAG M-V geschützter Baum - Abbruch | Abbruch von Versorgungsleitungen |

|                   |                       |
|-------------------|-----------------------|
| Nutzungsschablone |                       |
| Baugebiet         | Grundflächenzahl      |
| Bauweise          | Höhe baulicher Anlage |

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I Nr. 72 vom 10.11.2017 S. 3634) in der derzeit geltenden Fassung, sowie der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVBl. M-V Nr. 19 vom 30.10.2015, S. 344), in der derzeit geltenden Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten vom .....2021 folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 97 Sondergebiet "Einzelhandelsstandort Rostocker Straße 33", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) und den örtlichen Bauvorschriften, erlassen:

Textliche Festsetzungen Teil B

- Zweckbestimmung und Art und Maß der Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 11 BauNVO**
  - Das Sondergebiet wird mit der Zweckbestimmung großflächiger Einzelhandelsbetrieb gemäß § 11 Abs.3 BauNVO festgesetzt. Es dient der Unterbringung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben. Zulässig sind im Sondergebiet Einzelhandel:
    - großflächige Einzelhandelsbetriebe (Verbrauchermärkte) mit einer Verkaufsfläche von maximal 1035 m<sup>2</sup>
    - angeschlossene Lebensmitteleinzelhandelseinrichtungen mit dazugehöriger Schank- und Speisewirtschaften und/ oder Dienstleistungsbetriebe mit einer Grundfläche von maximal 180 m<sup>2</sup>
    - die dazugehörigen Stellplatzanlagen mit den Verkehrsanlagen, sowie
    - ein Werbeplan, Werbeanlagen
    - Schallschutzanlagen
    - Anlagen und Einrichtungen zur Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung
    - sowie sonstige Nebenanlagen, auch Stützmauern für den durch die Nutzung verursachten Bedarf.
  - Gemäß § 16 Abs. 6 BauNVO darf im Plangebiet die maximale Höhe baulicher Anlagen ausnahmsweise durch Anlagen für die Gebäudetechnik, wie z.B. Be- und Entlüftungsanlagen und Anlagen zur solaren Energiegewinnung um 1,00 m überschritten werden.
  - Die Errichtung eines Werbeplans ist nur innerhalb des dafür vorgesehenen Standortes mit der Bezeichnung WE 1 mit einer Höhe von maximal 20,00 m ü NHN zulässig. (Dies entspricht einer Höhe von 7,00 m über Geländeneiveau.)
  - Die Errichtung einer weiteren freistehenden Werbeanlage ist nur an dem dafür vorgesehenen Standort mit der Bezeichnung WE 2 mit einer Höhe von 15,50 m über NHN zulässig. (Dies entspricht einer Höhe von 3,50 m über Geländeneiveau.)
- Bauweise § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB**

In der abweichenden Bauweise sind Gebäudelängen von über 50 m zulässig.
- Vom Baurechtsrecht abweichendes Maß der Tiefe der Abstandslinien § 9 Abs. 1 Nr. 2a BauGB**
  - Zur Errichtung einer Schallschutzanlage innerhalb der Fläche L1 ist zur nördlichen Grundstücksgrenze des Flurstückes 29/27 der Flur 8 der Gemarkung Ribnitz hin ein verringertes Maß der Tiefe der Abstandslinie von 0,2 x H (H = Höhe der baulichen Anlage) zulässig.
- Flächen für Anlagen und Einrichtungen zur dezentralen und zentralen Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB**

Anlagen zur Nutzung von regenerativen Energien sind im gesamten Gebiet sowohl innerhalb der überbaubaren als auch innerhalb der nicht überbaubaren Fläche und innerhalb der Fläche für Stellplätze und Nebenanlagen zulässig.

- Mit Geh- und Fahrrecht zu belastende Flächen § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB**
  - Für die mit „GF 1“ bezeichnete Fläche wird ein Geh- und Fahrrecht zugunsten der Anlieger der angrenzenden Grundstücke und der Feuerwehr festgesetzt.
  - Für die mit „GF 2“ bezeichnete Fläche wird ein Fahrrecht zugunsten der Allgemeinheit festgesetzt.
- Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionschutzgesetzes § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB**
  - Innerhalb der Flächen für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionschutzgesetzes mit der Kennzeichnung L1- Lärmschutzanlage ist am nördlichen Rand der Stellplatzanlage eine Wand mit einer zwingenden Höhe der Oberkante von 13,50 m ü NHN mit einer geschlossenen Überdachung in einer Breite von 5,00 m zu errichten. Innerhalb der Fläche zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionschutzgesetzes L2 - hier Lärm - sind die nachfolgend genannten Lärmschutzmaßnahmen umzusetzen:
    - Einsatz lärmarmer Einkaufswagen mit Kunststoffkörben
    - vollständige Einhausung der RampeDie konkreten Schalldämmmaße der Außenbauteile der Einhausung der Rampe werden je nach Lage am Gebäude projektbezogen im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens bestimmt.
  - Die Schallemissionen der haustechnischen Aggregate innerhalb der Fläche zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionschutzgesetzes L2 dürfen einen Schalleistungsbeurteilungspegel (L<sub>WA</sub>) von 61 dB(A) nicht überschreiten. Die Berechnung hat nach den Vorgaben in Ziffer 8.2.1. der Begründung zu erfolgen.
  - Von der Festsetzung 6.3 kann ausnahmsweise abgewichen werden, wenn im bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren der Nachweis erbracht wird, dass auch bei höheren Schallemissionspegel die Immissionswerte nach TA Lärm eingehalten werden. Der Nachweis ist auf der Grundlage der TA Lärm zu erbringen.
- Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB**
  - Pflanzgebot
    - Als Kompensation für den Abbruch von einem nach § 18 NatSchAG geschützten Baume und zur Grundordnung sind durch den Grundstückseigentümer innerhalb des Plangebietes fünf Laubbäume der Art Tilia cordata (Winterlinde) zu pflanzen, Qualität: HS, STU 16-18 cm).
    - Innerhalb der Flächen mit Anpflanzgebot A1 und A2 sind flächenhaft insektenfreundliche Vogel-nährgehölze bis zu 1 m Höhe flächig anzulegen und dauerhaft zu erhalten, (Pflanzqualität: 2x verpflanzt mit Ballen oder im Container).
    - Innerhalb der Fläche mit Anpflanzgebot A3 sind selbstklimmende Kletterpflanzen anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten.
    - Das Pflanzgebot gemäß 7.1.1, 7.1.2 und 7.1.3 ist vom Vorhabenträger spätestens 1 Jahr nach Baubeginn auszuführen. Der Vollzug der Neupflanzungen der Ersatzbäume und die Lage der Pflanzstandorte sind der UNB schriftlich anzuzeigen. Bei Ausfall von Gehölzen ist die Baumart entsprechend der Pflanzqualität nach zu pflanzen.
  - Festsetzungen im Sinn des Artenschutzes § 9 Abs. 20 BauGB
    - Maßnahme Ersatzquartiere Vögel
      - Für den Verlust von Brutplätzen des Haussperlings und des Hausrotschwanzes sind 14 künstliche Nistgelegenheiten oder fünf Spatzenquartierhäuser für den Haussperling sowie zwei Halbhöhlen für den Hausrotschwanz am neu zu errichtenden Gebäudebestand zu installieren.
    - Maßnahme Ersatzquartiere Fledermäuse
      - Für den Verlust von Fledermausquartieren sind 15 Fledermauskästen (Einzelkästen) bzw. Quartiereinbausteine bzw. fünf Großraum-Fledermausganzzjahresquartiere am neu zu errichtenden Gebäudebestand zu installieren.

- Ökologische Baubegleitung**

Die Abbrucharbeiten im Dachbereich und der Außenverkleidung am Gebäudebestand sind durch eine ökologische Baubegleitung zu begleiten. Werden bei den Abbrucharbeiten Fledermäuse entdeckt, sind diese fachgerecht zu bergen, zwischen zu halten und ortsnah am Abend wieder freizulassen. Zum Vorgehen beim Auffinden von Fledermäusen ist eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Rügen herbeizuführen. Die Dokumentation der ökologischen Baubegleitung ist der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Rügen nach Abschluss der Arbeiten unaufgefordert vorzulegen.
- Vermeidungsmaßnahmen- Baufeldbereinigung**

Gehölzfällungen und Abbrucharbeiten sind im Zeitraum 1. Oktober bis 28. Februar vorzunehmen.
- Baurechtsrechtliche Festsetzungen nach § 86 LBauO MV in Verbindung mit § 9 Abs. 4 BauGB**
  - Werbeanlagen- Zusätzlich zu den festgesetzten Standorten für Werbeanlagen sind weitere Werbeanlagen nur an der Gebäudefassade zulässig. Sie dürfen die Oberkante des Daches des Gebäudes, an dem die Werbeanlage angebracht wird, nicht überschreiten. Unzulässig sind Werbeanlagen, die mit Wechsel- oder Laufschrift betrieben werden.

Hinweise:

- Werden bei Erdarbeiten Sachen, Sachgesamtheiten oder Teile von Sachen entdeckt, von denen anzunehmen ist, dass an ihrer Erhaltung gem. § 2 Abs.1 DSchG M-V ein öffentliches Interesse besteht, z. B. archaische Funde und auffällige Bodenverfärbungen, ist gemäß § 11 DSchG die Untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen. Anzeigepflicht besteht für den Entdecker, den Leiter der Arbeiten, den Grundeigentümer und zufälligen Zeugen, die den Wert des Gegenstandes erkennen. Der Fund und die Fundstelle sind in unverändertem Zustand zu erhalten. Die Verpflichtung erlischt fünf Werktage nach Zugang der Anzeige, bei schriftlicher Anzeige spätestens nach einer Woche. Die Untere Denkmalschutzbehörde kann im Benehmen mit dem zuständigen Landesamt die Frist im Rahmen des Zumutbaren verlängern, wenn die sachgemäße Untersuchung oder die Bergung des Denkmals dies erfordert.
- Sollten sich im Falle von Baumaßnahmen Hinweise auf Altlastenverdacht oder sonstige schädliche Bodenveränderung ergeben, sind die weiteren Schritte mit dem zuständigen Staatlichen Amt für Umwelt und Natur sowie mit der Bodenschutzbehörde des Landkreises Vorpommern - Rügen abzustimmen.
- Sollten bei Erdarbeiten Dränungen oder andere Entwässerungsleitungen angetroffen werden, sind diese wieder funktionstüchtig herzustellen. Der Wasser- und Bodenverband ist zu informieren.
- Der durch das Vorhaben verursachte zusätzliche Eingriff kann innerhalb des Plangebietes nicht vollständig ausgeglichen werden: Der vollständige Ausgleich von 1.438 Kompensationsflächenäquivalenten (KFA) erfolgt durch Abbuchung von 1112 KFA aus dem Ökokoonto "Renaturierung der Fischlandwiesen" und von 326 KFA aus dem Ökokoonto "Naturwaldareal im NSG Granitz" BRASOR-001 der Landschaftszone "Ostseeküstenland" im Landkreis Vorpommern - Rügen.
- Die Fällung des nach § 18 NatSchAG M-V geschützten Baumes ist bei der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Rügen zu beantragen.
- Hinweise zum Artenschutz:
  - Der Beginn der Baumfällungen und des Gebäudeabbruchs kann im Herbst nach vorheriger Kontrolle ab 15. August und im Frühjahr nach dem 1. März erfolgen, wenn durch fachkundiges Personal der Abschluss bzw. des noch nicht erfolgten Beginns des Brutgeschehens der Europäischen Vogelarten eindeutig nachgewiesen wurde. Der Abbruch des Dachraumes erfolgt bevorzugt im Zeitraum September/Oktober/November.
  - Die Fällung von Gehölzen ist bei vorheriger Kontrolle auf Brutfähigkeit und Nachweis des Nichtbesatzes auf Antrag auch nach dem 1. März eines Jahres möglich. Die Kontrolle kann in einem Vorlauf von maximal sieben Tagen zur Fällung erfolgen.
  - Werden die Abbrucharbeiten und die Flächenberäumung außerhalb der Brutzeit vor dem 28. Februar eines Jahres begonnen und ununterbrochen fortgesetzt, ist eine Fortführung der Abbrucharbeiten während der Brutzeit möglich. Als Unterbrechung gilt ein Zeitraum von mehr als sieben Tagen ohne Abbruch-/Beräumungstätigkeit.
  - Sollten beim neu zu errichtenden Gebäudebestand Fensterfronten mit Einzelfenstern von mehr als 1,0 m x 1,5 m geplant werden, ist zur Vermeidung von Anflügen eine Beurteilung gemäß LAG-VSV (2021) vorzunehmen. Sollte ein hohes Kollisionsrisiko für Vögel ermittelt werden, sind entsprechende Schutzmaßnahmen gegen Kollisionen bei der Planung vorzusehen.

Rechtsgrundlagen:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I Nr. 72 vom 10.11.2017 S.3634) in der derzeit geltenden Fassung
- Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I Nr. 75 vom 29.11.2017 S. 3786)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichen-verordnung-PlanZV) i. d. F. vom 18.12.90 (BGBl. 1991 I S. 58) in der derzeit geltenden Fassung
- Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) i. d. F. der Bekanntmachung vom 15.10.15 (GVBl. M-V 2015, S. 344) in der derzeit geltenden Fassung
- Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) i. d. F. der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVBl. M-V Nr. 14 vom 29.07.2011, S. 777) in der derzeit geltenden Fassung

Verfahrensvermerke:

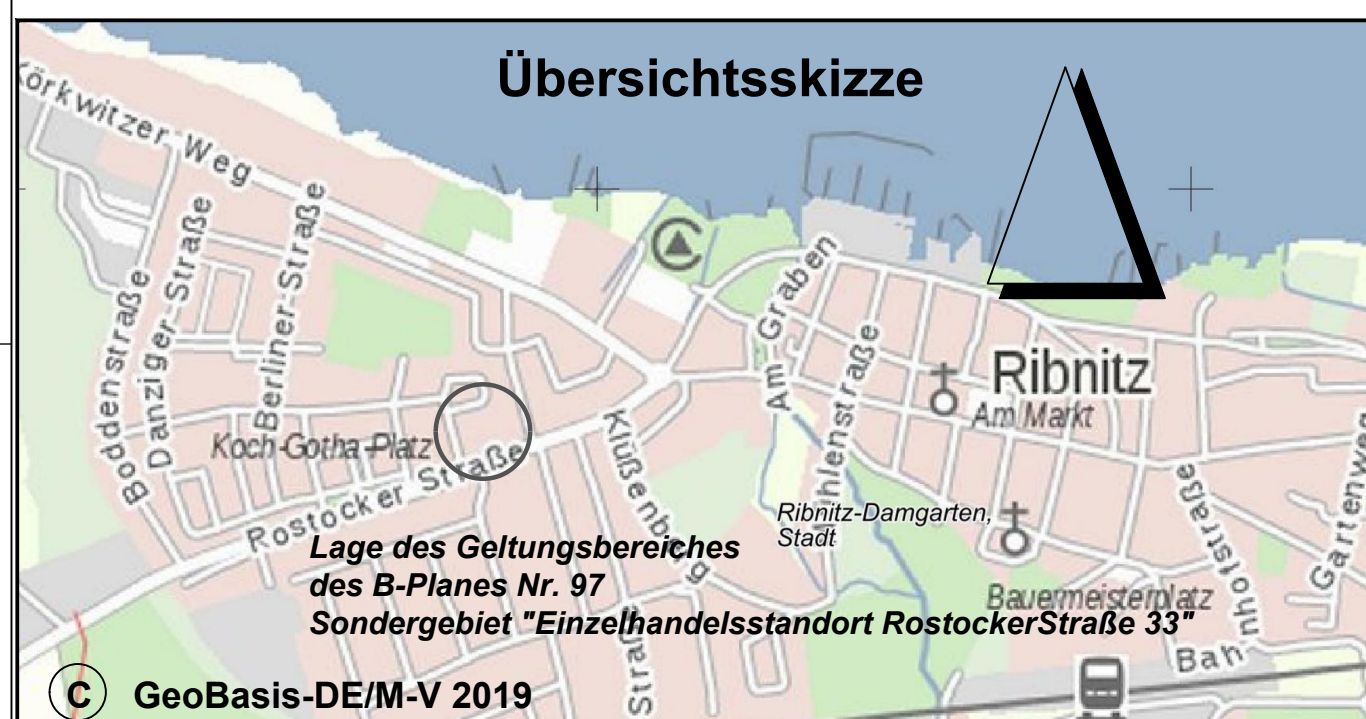
- Aufgestellt auf Grund des Aufstellungsbeschlusses der Stadtvertretung vom **04.07.2018 und 20.02.2019**. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt gemacht worden.
- Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 1 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 3 Raumordnungsgesetz (ROG) beteiligt worden.
- Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist in der Zeit vom **25.02.2020 bis einschließlich 18.03.2020** durchgeführt worden.
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom **14.02.2020** zur Abgabe einer Stellungnahme und einer Äußerung zu dem erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert worden. Die Nachbargemeinden wurden beteiligt.
- Die Stadtvertretung hat am **28.04.2021** den Entwurf des Bebauungsplanes mit der Begründung zum Bauleitplan gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) und den örtlichen Bauvorschriften, die Begründung einschließlich des Umweltberichtes und die vorliegenden umweltbezogenen Informationen haben in der Zeit vom **29.07.2021 bis zum 31.08.2021** nach § 3 Abs 2 BauGB öffentlich und im Internet ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, ortsüblich und im Internet bekanntgemacht worden. Die Bekanntmachung zur Auslegung und die Aufforderung zur Stellungnahme erfolgten mit Hinweis auf § 3 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 BauGB.

|                     |   |   |
|---------------------|---|---|
| Ribnitz- Damgarten, | Bürgermeister   |   |
| 7.                  | Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden sind gemäß § 4 Abs. 2 und § 2 Abs. 2 BauGB über die öffentliche Auslegung in Kenntnis gesetzt und am <b>26.05.2021</b> zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.  |   |
| 8.                  | Die Stadtvertretung hat die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am .....2022 abschließend geprüft. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) und den örtlichen Bauvorschriften, wurde am .....2022 von der Stadtvertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bauleitplan wurde mit Beschluss der Stadtvertretung vom .....2022 gebilligt. |   |
| Ribnitz- Damgarten, | Bürgermeister   |   |
| 9.                  | Der katastermäßige Bestand im Geltungsbereich des B-Planes vom .....2022 wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die Liegenschaftskarte (ALKIS-Grundlagenbestand) im Maßstab 1:1000 vorliegt. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.   |   |
| Bergen, den         | Siegel  | Landkreis Vorpommern-Rügen<br>FD Kataster- und Vermessung |

- Die Satzung über den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) und den örtlichen Bauvorschriften wird hiermit ausgefertigt.
- |  |               |
|--|---------------|
| Ribnitz- Damgarten,  | Bürgermeister |
| Die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienstzeiten von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am .....2022 im ..... ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln in der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 214 f. BauGB) und auf die Bestimmungen des § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung M-V vom 13. Juli 2011 (GVBl. M-V Nr. 14 vom 29.07.2011, S. 777) in der derzeit geltenden Fassung hingewiesen worden. Die Satzung ist mit Ablauf des .....2022 in Kraft getreten. |               |
| Ribnitz-Damgarten,   | Bürgermeister |

Kreis Vorpommern- Rügen  
RIBNITZ-DAMGARTEN



Bebauungsplan Nr. 97

Sondergebiet

" Einzelhandelsstandort Rostocker Straße 33"

Satzung

Datum: Dezember 2021 Maßstab: 1 : 500